

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 43

DIENSTAG, DEN 3. JUNI

2014

Inhalt:

	Seite		Seite
Anordnung zur Änderung der Anordnung zur Durchführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	973	Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche	974
Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels	973	Widmung einer Wegefläche	974
Öffentliche Sitzung der Kommission für Stadtentwicklung am 23. Juni 2014	973	Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche – Veränderung der Benutzbarkeit	974
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	974		

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Änderung der Anordnung zur Durchführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Vom 23. Mai 2014

Auf Grund von § 101 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022, 3023), zuletzt geändert am 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3733), wird bestimmt:

I

Hinter Abschnitt I a der Anordnung zur Durchführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 19. September 2006 (Amtl. Anz. S. 2329), zuletzt geändert am 2. Februar 2014 (Amtl. Anz. S. 305), wird folgender Abschnitt Ib eingefügt:

„Ib

Zuständig für die Bearbeitung eines Aufwendungserstattungsanspruches des Nothelfers nach § 25 ist das Bezirksamt, in dessen Gebiet die hilfebedürftige Person (der Nothilfeempfänger oder die Nothilfeempfängerin) ihre Meldeadresse hat. Hat die hilfebedürftige Person keine Meldeadresse, gilt Abschnitt I Absatz 4 entsprechend.“

II

Diese Anordnung tritt am 4. Juni 2014 in Kraft.

Hamburg, den 23. Mai 2014

Der Senat

Amtl. Anz. S. 973

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das in der Justizkasse Hamburg geführte Dienstsiegel Nummer 21 mit der Umschrift: „Justizkasse Hamburg * Hamburg *“ (kleines Wappen, Durchmesser 3,5 cm, Ausführung Gummi) ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Hamburg, den 12. Mai 2014

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung

Amtl. Anz. S. 973

Öffentliche Sitzung der Kommission für Stadtentwicklung am 23. Juni 2014

Die Kommission für Stadtentwicklung tagt am Montag, dem 23. Juni 2014, um 19.00 Uhr mit dem Punkt Bebauungsplan-Entwurf Schnelsen 79 (Königskinderweg) – Unterrichtung über die öffentliche Plandiskussion und Erörterung des Ergebnisses – öffentlich. Die Veranstaltung findet im Rathaus, Raum 151, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, statt.

Hamburg, den 27. Mai 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 973

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburger Hochbahn AG hat beim Rechtsamt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für den barrierefreien Ausbau der U-Bahn-Haltestelle Stephansplatz eine Plangenehmigung gemäß § 28 Absatz 1 a des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beantragt. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären. Diese Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 3. Juni 2014

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 974

Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Billwerder Ausschlag, belegene Wegefläche Mühlenhagen vor Nummer 63 (Flurstück 3018 teilweise) mit sofortiger Wirkung als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich entwidmet.

Hamburg, den 14. Mai 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 974

Widmung einer Wegefläche

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Wilhelmsburg, belegene Wegefläche Ilenbullen (Flurstücke 9527 und 11088) mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 16. Mai 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 974

Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche – Veränderung der Benutzbarkeit

Es ist beabsichtigt, nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen die Wegefläche Neuenfelder Straße (Flurstücke 12941 und 12943) in der Gemarkung Wilhelmsburg für den öffentlichen Verkehr zu entwidmen und die Widmung nur noch für den öffentlichen Fußgänger- und Radfahrverkehr aufrecht zu erhalten.

Der Plan über den Verlauf der zu entwidmenden Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 103, 20095 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll im Fachamt vorbringen. Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 27. Mai 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 974

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40, Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
 des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber
 CAMPUS STEILSHOOP – Grund- und Stadteilschule sowie Quartierszentrum in Hamburg Steilshoop – LOS 1: Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI – LOS 2: Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m². In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Durchführung eines Wettbewerbs für den Neubau der Grund- und Stadteilschule sowie eines Quartierszentrums im Ortsteil Steilshoop, Bezirk Wandsbek in Hamburg beauftragt.

Gegenstand des Wettbewerbs war die hochbauliche Vorentwurfsplanung für einen Schulneubau mit einer 4-zügigen Grundschule und einer 3-zügigen Stadteilschule sowie einem Quartierszentrum am Standort Gropiusring. Für die Schulen sollten Flächen für allgemeinen Unterricht, Fachunterricht, Lehrer und Verwaltung, Gemeinschaftsflächen sowie Ganztagsbereich mit Produktionsküche berücksichtigt werden. In dem Quartierszentrum waren Flächen für ein Bistro und Stadteilräume, ein Haus der Jugend, einen Stadteiltreff, die Hamburger Volkshochschule, die Elternschule Steilshoop, einen Familienservicepoint, eine Mütterberatung, eine Erziehungsberatung sowie Flächen für eine öffentliche Bücherhalle vorzusehen.

Der Wettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren wurde im April abgeschlossen. Das Wettbewerbsergebnis hat u.a. ergeben, dass ein gänzlicher Abbruch des Gebäudebestands auf dem Schulgrundstück notwendig ist. Die anrechenbaren Kosten hierfür sind bereits berücksichtigt. Insgesamt ist ein Neubauvolumen von rd. 8.500 m² NF (1-6) (rund 13.600 m² BGF) zu erstellen. Es sind insgesamt ca. 24.000 m² Freifläche zu bearbeiten.

Da in der Freien und Hansestadt Hamburg Umweltschutz und Nachhaltigkeit von Bautätig-

keiten eine bedeutende Rolle spielen, sind diese Themen bei der Planung zu berücksichtigen. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, die Minimierung der Lebenszykluskosten und die Optimierung der Energieeffizienz der Gebäude werden vorausgesetzt.

Die Gesamtmaßnahme ist bis zum Schuljahr 2017/2018 fertigzustellen. Für das Bauvorhaben besteht eine Kostenobergrenze für den Hochbau und technischen Ausbau in Höhe von ca. 21,8 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 300 und 400 gem. DIN 276, inkl. 19 % MwSt.). Die Kostenobergrenze für die Freianlagen liegt in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 500 gem. DIN 276, inkl. 19 % MwSt.).

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

LOS 1:

- Leistungsphase 1 (teilweise) und Leistungsphase 2 (teilweise) Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

LOS 2:

- Leistungsphase 1 (teilweise) und Leistungsphase 2 Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drostconsult GmbH, unterstützen und beratend begleiten.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung (Aufteilung der Kostengruppen gem. BKI 2013) wird das Honorarvolumen auf ca. 680.000 Euro für LOS 1 (Technische Ausrüstung, Ingenieurbauwerke) und ca. 210.000 Euro für LOS 2 (Freianlagen) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 890.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

LOS 1: Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

LOS 2: Leistungsphasen 3 bis 9 Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht pro LOS:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000 Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000 Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt.

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer pro LOS sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht-beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind pro LOS folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

Ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle

Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie).

Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck).

Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck).

Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck).

Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck).

Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck).

Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck).

Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck).

Anlage 1I: Eigenerklärung über geleistete Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck), die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert.

Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1.

Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie).

Anlage 3B: LOS 1: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen gem. § 55 HOAI und ein vergleichbares Referenzprojekt für Leistungen gem. § 43 HOAI (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben. LOS 2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten gem. § 39 HOAI (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen für jedes LOS gesondert auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es wird bei der Abforderung der Unterlagen darum gebeten, die Losnummer anzugeben, für dessen Leistung die Bewerbungsunterlagen benötigt werden. Eine Bewerbung ist für ein oder zwei LOSE möglich. Die Nachweise und Erklärungen sind für jedes LOS separat einzureichen. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Pro LOS ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaft-

pflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, jeweils 2-fach maximiert).

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 55 und § 43 HOAI (LOS 1) in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 600.000 Euro (netto) erreichen. Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 39 HOAI (LOS 2) in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 200.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtschuld aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben. Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verwaltungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 1:

- Ingenieur/in für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1–3),
- Ingenieur/in für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT, Anlagengruppen 4+5),
- Ingenieur/in für die Leistung Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI. Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 2:
- Landschaftsarchitekt/in für die Leistung Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI.

(B) Für LOS 1: Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI und für ein Projekt für den Leistungsbereich gem. § 43 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 400 bzw. KG 540 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. be-

teiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI und das vergleichbare Referenzprojekt für den Leistungsbereich gem. § 43 HOAI sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Für LOS 2: Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich gem. § 39 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1. Januar 2006) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 500 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist in dem jeweiligen LOS zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

(C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013).

Für LOS 1: Im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1–3) sind mind. 3 Ingenieure/innen, im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT, Anlagengruppen 4+5) sind mind. 3 Ingenieure/innen und im Bereich Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI (Entwässerung) ist mind. 1 Ingenieur/in im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Für LOS 2: Im Bereich Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI sind mind. 2 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation werden für LOS 1 der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS + ELT) und gem. § 43 HOAI sowie für LOS 2 der Beruf Landschaftsarchitekt/in für die Leistungen gem. § 39 HOAI gefordert. Juris-

tische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die geplanten Mindest- und Höchstzahlen gelten jeweils für LOS 1 und LOS 2. Die Bewerbung ist für ein oder zwei Lose möglich. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Auswahl für ein oder zwei Lose zu treffen, sofern eine Bewerbung für beide Lose unterbreitet wird. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl für LOS 1 erfolgt anhand von zwei Referenzen für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Für den Leistungsbereich der Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI erfolgt die Auswahl anhand des eingereichten Referenzprojekts jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-1 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-1 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 22 Punkte für LOS 1 erreicht werden. Die Auswahl für LOS 2 erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschrei-

bens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 18 Punkte für LOS 2 erreicht werden. Der dabei je LOS verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen für das jeweilige LOS versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien in einem LOS oder in beiden LOSEN zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl je LOS zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	25 %
3. Umwelteigenschaften	10 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	5 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 018/2014

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 23. Juni 2014, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 24. Juni 2014, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählten Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:
LOS 1: Versendung der Angebotsaufforderung 29. KW 2014; Einreichung der Honorarangebote 32. KW 2014; Verhandlungsgespräche 33. KW 2014.
LOS 2: Versendung der Angebotsaufforderung 30. KW 2014; Einreichung der Honorarangebote 33. KW 2014; Verhandlungsgespräche 35. KW 2014.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
23. Mai 2014

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: CAMPUS STEILSHOOP – Grund- und Stadtteilschule sowie Quartierszentrum in Hamburg Steilshoop – LOS 1: Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI – LOS 2: Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI

Los-Nr. 1

Bezeichnung: CAMPUS STEILSHOOP – Grund- und Stadtteilschule sowie Quartierszentrum in Hamburg Steilshoop – LOS 1 – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI

1) **Kurze Beschreibung:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m². In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Durchführung eines Wettbewerbs für den Neubau der Grund- und Stadtteilschule sowie eines Quartierszentrums im Ortsteil Steilshoop, Bezirk Wandsbek in Hamburg beauftragt.

Gegenstand des Wettbewerbs war die hochbauliche Vorentwurfsplanung für einen Schulneubau mit einer 4-zügigen Grundschule und einer 3-zügigen Stadtteilschule sowie einem Quartierszentrum am Standort Gropiusring. Für die Schulen sollten Flächen für allgemeinen Unterricht, Fachunterricht, Lehrer und Verwaltung, Gemeinschaftsflächen sowie Ganztagsbereich mit Produktionsküche berücksichtigt werden. In dem Quartierszentrum waren Flächen für ein Bistro und Stadtteilräume, ein Haus der Jugend, einen Stadtteiltreff, die Hamburger Volkshochschule, die Elternschule Steilshoop, einen Familienservicepoint, eine Mütterberatung, eine Erziehungsberatung sowie Flächen für eine öffentliche Bücherhalle vorzusehen. Der Wettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren wurde im April abgeschlossen. Das Wettbewerbsergebnis hat u.a. ergeben, dass ein gänzlicher Abbruch des Gebäudebestands auf dem Schulgrundstück notwendig ist. Die anrechenbaren Kosten hierfür sind bereits berücksichtigt. Insgesamt ist ein Neubauvolumen von rd. 8.500 m² NF (1-6) (rund 13.600 m² BGF) zu erstellen. Es sind insgesamt ca. 24.000 m² Freifläche zu bearbeiten.

Da in der Freien und Hansestadt Hamburg Umweltschutz und Nachhaltigkeit von Bautätigkeiten eine bedeutende Rolle spielen, sind diese Themen bei der Planung zu berücksichtigen. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, die Minimierung der Lebenszykluskosten und die Optimierung der Energieeffizienz der Gebäude werden vorausgesetzt.

Die Gesamtmaßnahme ist bis zum Schuljahr 2017/2018 fertigzustellen. Für das Bauvorhaben besteht eine Kostenobergrenze für den Hochbau und technischen Ausbau in Höhe von ca. 21,8 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 300 und 400 gem. DIN 276, inkl. 19 % MWSt.). Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

LOS 1:

- Leistungsphase 1 (teilweise) und Leistungsphase 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71240000

3) **Menge oder Umfang:**

Gemäß Schwellenwertberechnung (Aufteilung der Kostengruppen gem. BKI 2013) wird das Honorarvolumen auf ca. 680.000 Euro für LOS 1 (Technische Ausrüstung, Ingenieurbauwerke) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder zwei Lose. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag für ein oder zwei Lose zu erteilen, sofern ein Angebot für beide Lose unterbreitet wird.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: CAMPUS STEILSHOOP – Grund- und Stadtteilschule sowie Quartierszentrum in Hamburg Steilshoop – LOS 1: Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 43 HOAI – LOS 2: Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI

1) **Kurze Beschreibung:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbil-

dung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m². In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Durchführung eines Wettbewerbs für den Neubau der Grund- und Stadtteilschule sowie eines Quartierszentrums im Ortsteil Steilshoop, Bezirk Wandsbek in Hamburg beauftragt.

Gegenstand des Wettbewerbs war die hochbauliche Vorentwurfsplanung für einen Schulneubau mit einer 4-zügigen Grundschule und einer 3-zügigen Stadtteilschule sowie einem Quartierszentrum am Standort Gropiusring. Für die Schulen sollten Flächen für allgemeinen Unterricht, Fachunterricht, Lehrer und Verwaltung, Gemeinschaftsflächen sowie Ganztagsbereich mit Produktionsküche berücksichtigt werden. In dem Quartierszentrum waren Flächen für ein Bistro und Stadtteilräume, ein Haus der Jugend, einen Stadtteiltreff, die Hamburger Volkshochschule, die Elternschule Steilshoop, einen Familienservicepoint, eine Mütterberatung, eine Erziehungsberatung sowie Flächen für eine öffentliche Bücherhalle vorzusehen. Der Wettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren wurde im April abgeschlossen. Das Wettbewerbsergebnis hat u.a. ergeben, dass ein gänzlicher Abbruch des Gebäudebestands auf dem Schulgrundstück notwendig ist. Die anrechenbaren Kosten hierfür sind bereits berücksichtigt. Insgesamt ist ein Neubauvolumen von rd. 8.500 m² NF (1-6) (rund 13.600 m² BGF) zu erstellen. Es sind insgesamt ca. 24.000 m² Freifläche zu bearbeiten.

Da in der Freien und Hansestadt Hamburg Umweltschutz und Nachhaltigkeit von Bautätigkeiten eine bedeutende Rolle spielen, sind diese Themen bei der Planung zu berücksichtigen. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, die Minimierung der Lebenszykluskosten und die Optimierung der Energieeffizienz der Gebäude werden vorausgesetzt.

Die Gesamtmaßnahme ist bis zum Schuljahr 2017/2018 fertigzustellen. Für das Bauvorhaben besteht eine Kostenobergrenze für den Hochbau und technischen Ausbau in Höhe von ca. 21,8 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 300 und 400 gem. DIN 276, inkl. 19 % MWSt.). Die Kostenobergrenze für die Freianlagen liegt in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 500 gem. DIN 276, inkl. 19 % MWSt.). Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

LOS 2:

- Leistungsphase 1 (teilweise) und Leistungsphase 2 Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Freianlagenplanung gem. § 39 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71240000

- 3) **Menge oder Umfang:**
Gemäß Schwellenwertberechnung (Aufteilung der Kostengruppen gem. BKI 2013) wird das Honorarvolumen auf ca. 210.000 Euro für LOS 2 (Freianlagen) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder zwei Lose. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag für ein oder zwei Lose zu erteilen, sofern ein Angebot für beide Lose unterbreitet wird.

Hamburg, den 23. Mai 2014

Die Finanzbehörde

420

Bekanntmachung über zusätzliche Informationen, Informationen über nichtabgeschlossene Verfahren oder Berichtigung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen Herrn Samuel Küppers
Telefon: +49/040/4 28 23 - 18 65
Telefax: +49/040/4 28 23 - 13 64
E-Mail: samuel.kueppers@fb.hamburg.de
- I.2) **Art der beschaffenden Stelle:**
Öffentlicher Auftraggeber

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Abschluss eines Nutzungsvertrages über zwei digitale Farb-Produktionsdrucksysteme und ein digitales S/W-Produktionsdrucksystem
- II.1.2) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**
Abschluss eines Nutzungsvertrages über zwei digitale Farb-Produktionsdrucksysteme und ein digitales S/W-Produktionsdrucksystem für die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.
- II.1.3) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
30121430, 30232110, 79811000

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart:** Offen
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Aktenzeichen:** 201400044/152-04/9
- IV.2.2) **Referenznummer der Bekanntmachung für elektronisch übermittelte Bekanntmachungen:**

Übermittlung der ursprünglichen Bekanntmachung über: TED eSender
Login: TED70FBH_PROD_EVA_1
Referenznummer der Bekanntmachung:
2014-999998

- IV.2.3) **Bekanntmachung, auf die sich diese Veröffentlichung bezieht**
- IV.2.4) **Tag der Absendung der ursprünglichen Bekanntmachung:** 22. April 2014

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Diese Bekanntmachung bezieht sich auf:**
Berichtigung
- VI.2) **Informationen über nichtabgeschlossene Vergabeverfahren: –**
- VI.3) **Zu berichtende oder zusätzliche Informationen: –**
- VI.3.1) **Änderung der ursprünglichen Informationen oder Veröffentlichung in TED nicht ordnungsgemäß:**
Änderung der ursprünglichen Informationen, die vom öffentlichen Auftraggeber übermittelt wurden
- VI.3.2) **Bekanntmachung oder entsprechende Ausschreibungsunterlagen:**
In der ursprünglichen Bekanntmachung
- VI.3.3) **In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtender Text**
- VI.3.4) **In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtende Daten:**
Stelle der zu berichtenden Daten:
IV.3.3 Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:
Anstatt: 2. Juni 2014, 10.00 Uhr
muss es heißen: 11. Juni 2014, 10.00 Uhr
- IV.3.4) **Schluss termin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:**
Anstatt: 2. Juni 2014, 10.00 Uhr
muss es heißen: 11. Juni 2014, 10.00 Uhr
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote:**
Anstatt: 2. Juni 2014, 10.00 Uhr
muss es heißen: 11. Juni 2014, 10.00 Uhr
- VI.3.5) **In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtende Adressen und Kontaktstellen: –**
- VI.3.6) **In der ursprünglichen Bekanntmachung hinzuzufügender Text: –**
- VI.4) **Weitere zusätzliche Informationen: –**
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
28. Mai 2014

Hamburg, den 28. Mai 2014

Die Finanzbehörde

421

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

- a) HafenCity Hamburg GmbH
Osakaallee 11, 20457 Hamburg
Telefon: 040/37 47 26 - 0, Telefax: 040/37 47 26 - 26
E-Mail: info@hafencity.com
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Ausführung von Bauleistungen im Straßenbau
- e) Hamburg DE 600
- f) Vergabenummer: **ÖA-2014066-14-001**
Innere Erschließung HafenCity
Straßenbau endgültige Herstellung Hongkongstraße/
Überseeallee östl. Magdeburger Brücke
 - Boden lösen – zum Lagerplatz des AG fördern
ca. 15 m³
 - Baumquartiere 8 Stück Betongehwegplatten
ca. 1.580 m²
 - Straßenabläufe herstellen ca. 14 Stück
 - Borde setzen ca. 792 m
 - Asphaltfahrbahn herstellen Bk 32 ca. 1.730 m²
 - Asphaltfahrbahn herstellen Bk 3,2 ca. 1.725 m²
 - Böschungssicherung herstellen ca. 120 m²
 - Einbau von Blähton ca. 750 m³
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 4. August 2014
Ende: 10. Oktober 2014
- j) siehe Vergabeunterlagen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme vom 27. Mai 2014 bis 23. Juni 2014, 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr.
Anschrift:
ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung,
Admiralitätstraße 59, 20459 Hamburg,
Telefon: 040/30 97 09-0, Herr Mücke
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 35,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise:
Bar oder Banküberweisung Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung
Konto-Nr.: 1160 035, BLZ: 200 300 00
IBAN DE60200300000001160035
Geldinstitut: Hypovereinsbank
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 24. Juni 2014, 14.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe Buchstabe a)

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 24. Juni 2014 um 14.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe a)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 18. August 2014.
- w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Neuenfelder Straße, 19 21109 Hamburg

Hamburg, den 26. Mai 2014

ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung

Amtl. Anz. S. 422

Öffentliche Ausschreibung

- a) Behörde für Wissenschaft und Forschung, vertreten durch die SpriAG – Sprinkenhof AG, Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Telefon: 040/3 39 54 - 0, Telefax: 040/3 39 54 - 279, E-Mail: Thorsten.Kroeger@sprinkenhof.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Fliesen- und Natursteinarbeiten für Sanierung Ostflügel bei TUHH
- e) Hamburg-Harburg
- f) Vergabenummer: **7249-3-9**
ca. 170 m² Wandfliesen in WC-Anlagen; ca. 70 m² Bodenfliesen; 6 Stück Wandspiegel ca. 2,10 m x 1,60 m; 3 Stück Glasschilde als Funktion Fliesenspiegel; ca. 10 m² Fliesenspiegel in Teeküchen; ca. 15 m² Bodenbelag Naturstein Basalit.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: September 2014, Ende: Oktober 2014
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf CD und Einsichtnahme vom 5. Juni 2014 bis 3. Juli 2014, 10.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 30,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: per Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort: TUHH Ostflügel Fliesenarbeiten

984

Dienstag, den 3. Juni 2014

Amtl. Anz. Nr. 43

Konto-Nr.: 1001267891, BLZ: 21050000,
Geldinstitut: HSH Nordbank AG

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe o) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 8. Juli 2014, 11.00 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:
Sprinkenhof AG, Steinstraße 7, 20095 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 8. Juli 2014 um 11.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 19. August 2014.

w) Beschwerdestelle:
SpriAG – Sprinkenhof AG, Rechtsstelle,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg

Hamburg, den 28. Mai 2014

Sprinkenhof AG

423